

Auswertung MDRfragt:

Was halten Sie vom neuen Plan fürs Heizungsgesetz?

Befragungszeitraum: 01.09. – 05.09.2023

22.365 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Heizungsgesetz allgemein:

- ⇒ Kaum einer fühlt sich gut über das Gesetz informiert
- ⇒ Große Mehrheit lehnt Pflicht für klimafreundliche Heizungsarten generell ab
- ⇒ Pflicht-Befürworter: V.a. in Neubauten klimafreundliche Heizungen gewünscht
- ⇒ 9 von 10 finden, umrüstbare Öl- und Gasheizungen sollten erlaubt bleiben...
- ⇒ ... genauso wie die Reparatur von Öl- und Gasheizungen
- ⇒ Knapp zwei Drittel halten Mieter für nicht ausreichend geschützt
- ⇒ Knapp drei Viertel lehnen Gesetzesentwurf ab
- ⇒ Mehrheit sieht keine Verbesserung gegenüber erstem Entwurf

Neuer Gesetzesentwurf – die Maßnahmen im Detail:

- ⇒ Geteilte Meinung zu kommunalen Wärmeplänen
- ⇒ $\frac{3}{4}$ gegen Einbauverbote von Öl- & Gasheizungen in Gebieten mit Wärmeplan
- ⇒ Zwei Drittel begrüßen Förderpläne für Heizungsumrüstung
- ⇒ Jeder Zweite hätte Ausnahmen für über 80-Jährige begrüßt
- ⇒ Geplante höhere Förderung für Eigenheimbesitzer ist umstritten

Persönliche Betroffenheit:

- ⇒ Jeder Zweite heizt mit Gas
- ⇒ Heizungsgesetz: 4 von 5 Immobilieneigentümern besorgt
- ⇒ Mehrheit der Eigentümer will Öl- & Gasheizung so lange wie möglich nutzen

Exkurs Industriestrompreis:

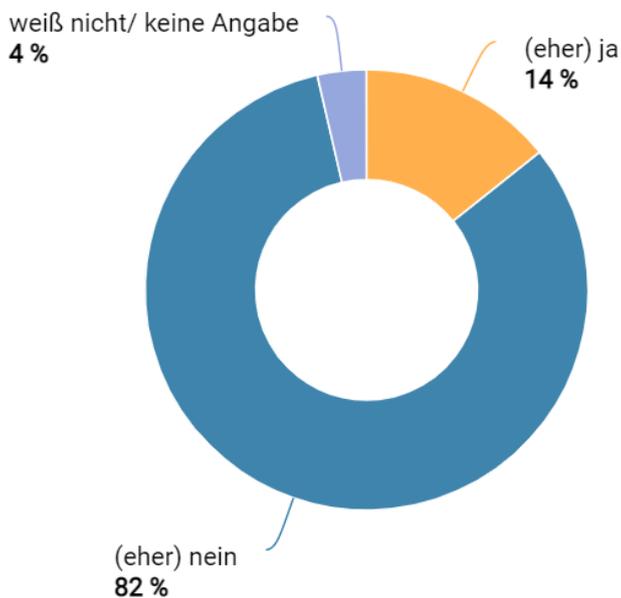
- ⇒ Mehrheit gegen Industriestrompreis

Die Ergebnisse im Detail:

Kaum einer fühlt sich gut über das Gesetz informiert

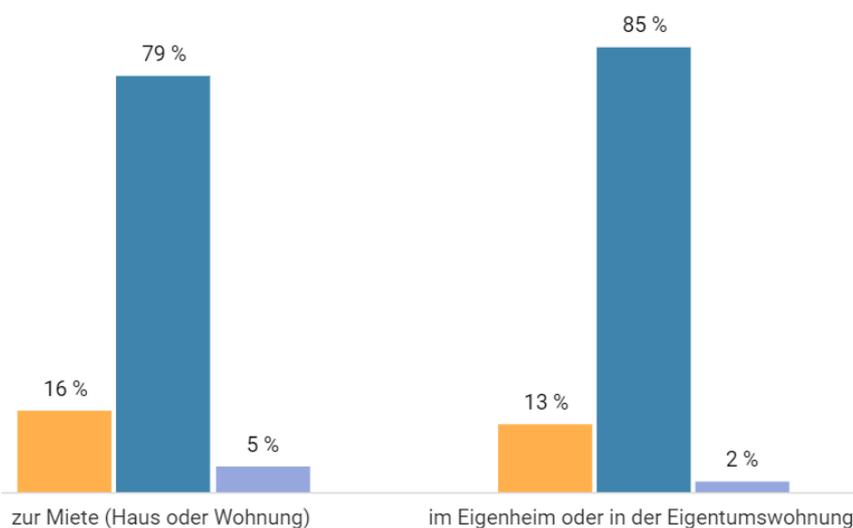
Es gab viel Hin und Her zum Heizungsgesetz, viel wurde diskutiert in Politik und Öffentlichkeit. Was nun aber letzten Endes im Gesetzesentwurf tatsächlich steht, darüber fühlt sich nun kaum jemand informiert: Nur 14 Prozent haben angegeben, dass sie sich gut oder eher gut informiert fühlen, 82 Prozent fühlen sich eher schlecht bis schlecht informiert.

Frage: Im Frühjahr hat ein erster Entwurf für das sogenannte Heizungsgesetz für viel Diskussionen geführt, weil er ursprünglich ab 2024 den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen verbieten wollte. Inzwischen wurde der Entwurf nachgebessert. Fühlen Sie sich gut über den aktuellen Vorschlag für das Heizungsgesetz informiert?



2

Eigenheimbesitzer, die ja ggf. selbst tätig werden müssten, fühlen sich dabei nochmal etwas schlechter informiert als Menschen, die zur Miete wohnen:



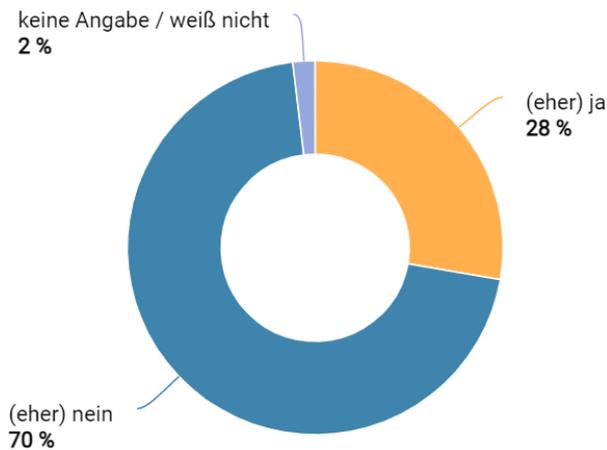


Das **Meinungsbarometer** für Mitteldeutschland

Große Mehrheit lehnt Pflicht für klimafreundliche Heizungsarten generell ab

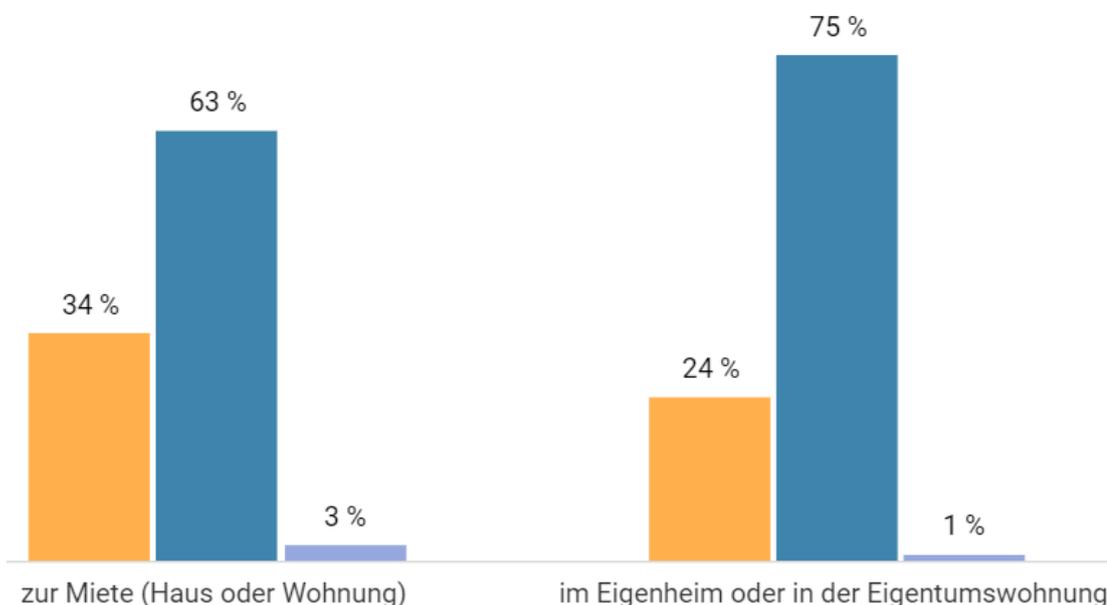
Heizen soll klimafreundlicher werden – das ist das Ziel des Gesetzesentwurfs. Dafür sollen künftig Heizungen priorisiert werden, die zu mindestens 65 Prozent durch erneuerbare Energien betrieben werden. Umstritten war dabei die Frage, ob und in welchen Fällen, der Einbau solcher Heizungen zur Pflicht wird. Die MDRfragt-Teilnehmer jedenfalls lehnen eine Pflicht zum Einbau solcher Heizungen grundsätzlich mehrheitlich ab – egal in welchen Fällen: 70 Prozent haben so geantwortet. Nur gut jeder Vierte (28 %) begrüßt die Pflicht zu klimafreundlichen Heizungen zumindest in bestimmten Fällen.

Frage: Unabhängig vom jetzigen Gesetzesentwurf erst einmal grundsätzlich gefragt: Finden Sie es in bestimmten Fällen richtig, wenn künftig der Einbau von Heizungen, die mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden, zur Pflicht wird?

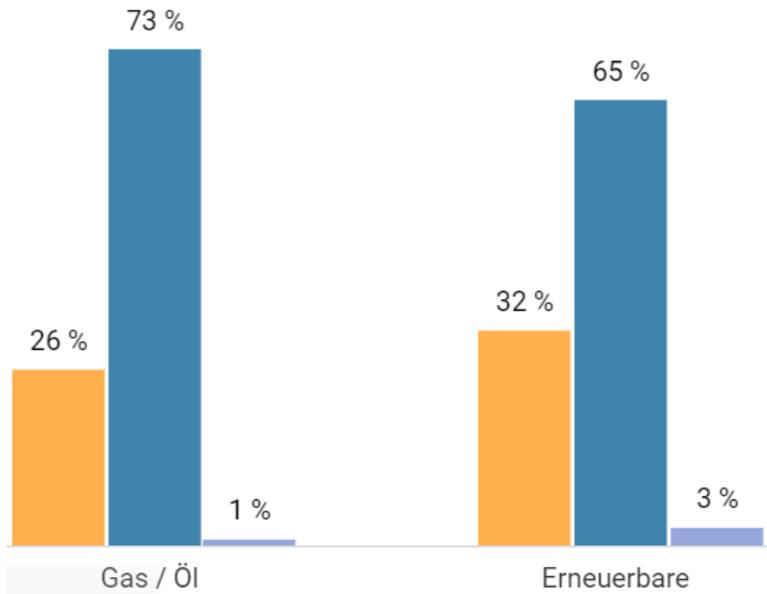


4

Dabei stehen Mieter einer Pflicht zu klimafreundlichen Heizungen offener gegenüber, als Eigentümer, die ggf. selbst ihre Heizung tauschen müssten:

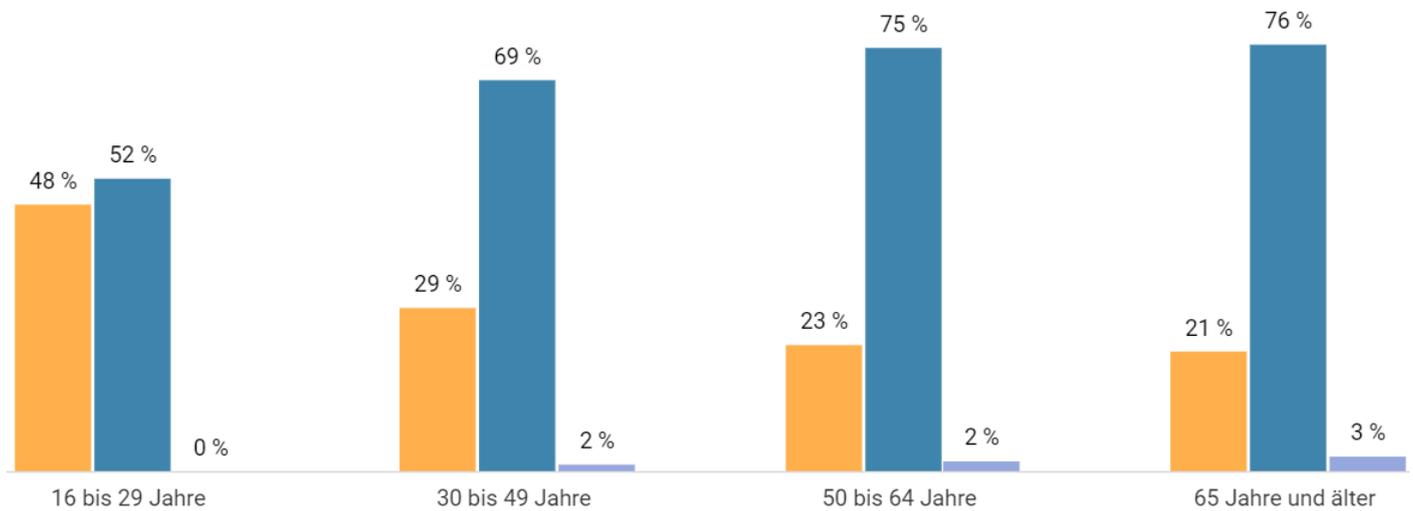


Auch unter denjenigen, die bereits mit Erneuerbaren Energien heizen, fällt die Zustimmung größer aus, als unter denjenigen, die selbst noch mit Öl oder Gas heizen:



Zudem gilt: Je jünger die Teilnehmer sind, umso eher sprechen sie sich für eine Pflicht zu klimafreundlichen Heizungen aus:

5



Pflicht-Befürworter: Vor allem bei Neubauten klimafreundliche Heizungen gewünscht

Bei den MDRfragt-Teilnehmern, die sich zumindest in bestimmten Fällen für eine Pflicht von klimafreundlichen Heizungen ausgesprochen haben, haben wir genauer nachgefragt: Die meisten von ihnen sprechen sich für eine Einbaupflicht klimafreundlicher Heizungen bei allen Neubauten aus (86 %), 38 Prozent befürworten die Einbaupflicht auch bei Bestandsbauten, wenn die bisherige Heizung kaputt ist. Allerdings sind bei Bestandsbauten oft Sanierungsmaßnahmen nötig, um etwa auf eine Wärmepumpe wechseln zu können: 33 Prozent sehen die Einbaupflicht klimafreundlicher Heizungen bei Bestandsbauten daher nur dann als Option, wenn dafür keine größeren Sanierungsmaßnahmen notwendig sind. Die Einbaupflicht für Neubauten ausschließlich in Neubaugebieten – wie es der Gesetzesentwurf derzeit vorsieht – halten nur 14 Prozent der Pflicht-Befürworter für sinnvoll. Einen generellen Austausch aller Öl- und Gasheizungen fordert jeder Zehnte Pflicht-Befürworter – bei den unter 30-Jährigen sind es 22 Prozent der Pflicht-Befürworter.

Frage: In welchen Fällen sollte Ihrer Meinung nach künftig der Einbau von Heizungen, die mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden, zur Pflicht werden? Sie können alles auswählen, was Sie zutreffend finden.

Bei allen Neubauten



Bei allen Bestandsbauten, wenn die Heizung kaputt ist



Nur bei Bestandsbauten, wenn die Heizung kaputt ist und dafür keine umfangreichen Sanierungen notwendig sind



Nur bei Neubauten in Neubaugebieten



Alle Öl- und Gasheizungen sollten generell gegen klimafreundliche Heizungen ausgetauscht werden, unabhängig davon,...

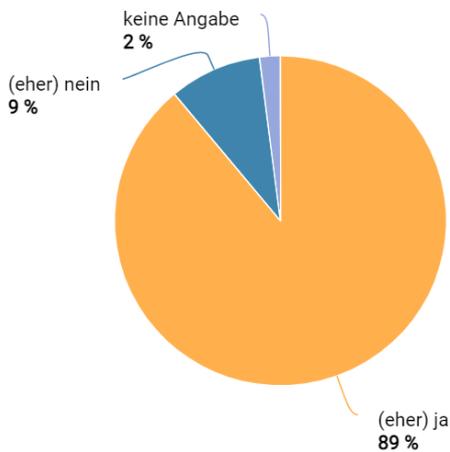


*...ob sie kaputt sind, oder nicht.

9 von 10 finden, umrüstbare Öl- und Gasheizungen sollten erlaubt bleiben

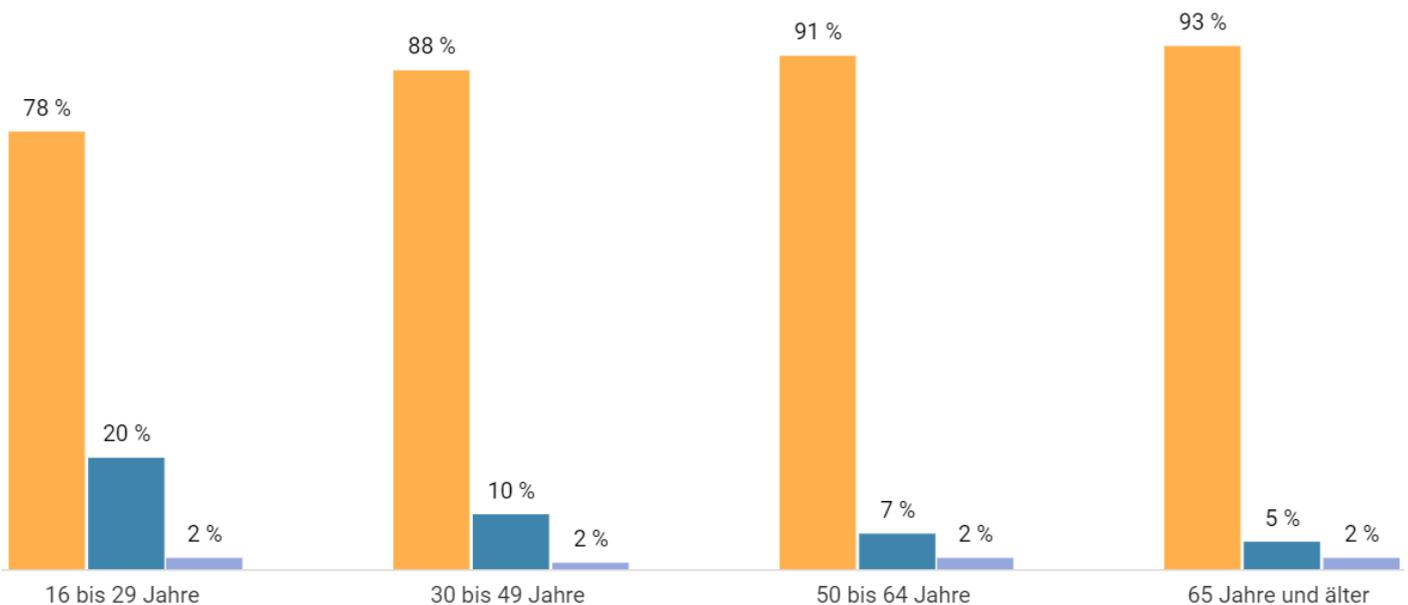
Unter dem Stichwort „Technologieoffenheit“ wurde auch viel darüber diskutiert, ob Öl- und Gasheizungen erlaubt bleiben sollen, die später insbesondere auf Wasserstoff umgerüstet werden können. 9 von 10 (89 %) MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer sprechen sich dafür aus, knapp jeder Zehnte (9 %) findet auch umrüstbare Öl- und Gasheizungen sollten nicht mehr verbaut werden dürfen.

Frage: Egal ob Neubauten oder Bestandsbauten: Sollte der Einbau von Öl- oder Gasheizungen erlaubt bleiben, die später auf erneuerbare Energien umgerüstet werden können?



7

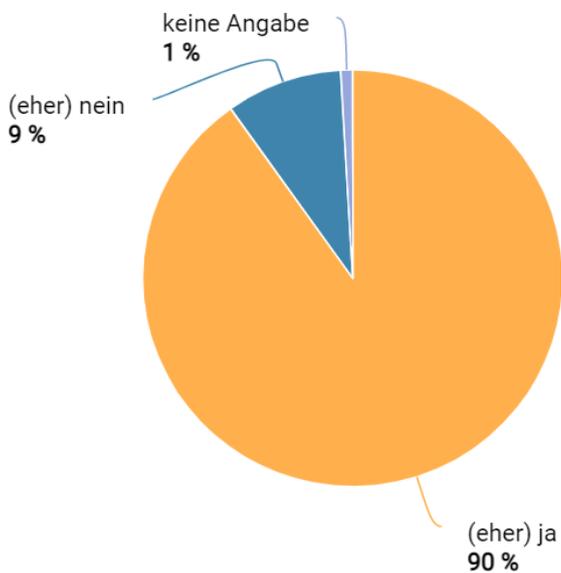
Je jünger die Teilnehmer, umso geringer fällt die Zustimmung zu umrüstbaren Heizungen aus:



9 von 10 für Reparatur von Öl- und Gasheizungen

Diskutiert wurde auch darüber, ob kaputte Öl- und Gasheizungen weiter repariert werden dürfen – oder durch neue Heizungen ersetzt werden müssen. So gut wie alle MDRfragt-Teilnehmer sprechen sich für die Reparatur von Öl- und Gasheizungen aus (90 %), rund jeder Zehnte (9 %) ist für einen Austausch; bei den unter 30-Jährigen sind es mit 20 Prozent jedoch mehr als doppelt so Viele wie im Durchschnitt, die sich für einen Austausch aussprechen.

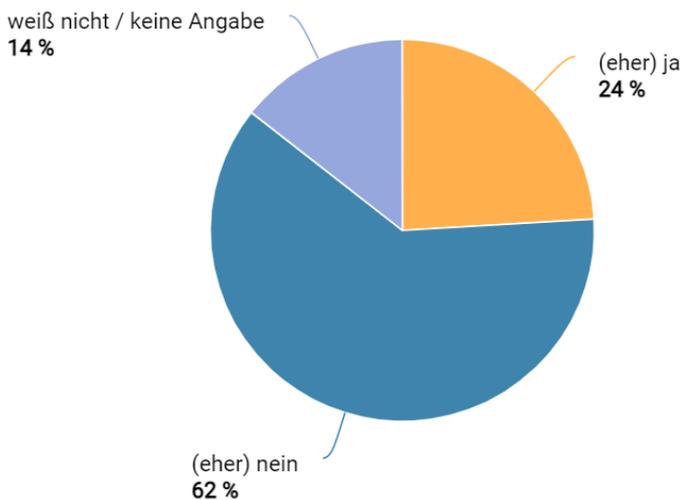
Frage: Sollten kaputte Öl- und Gasheizungen ohne Einschränkung weiter repariert werden dürfen?



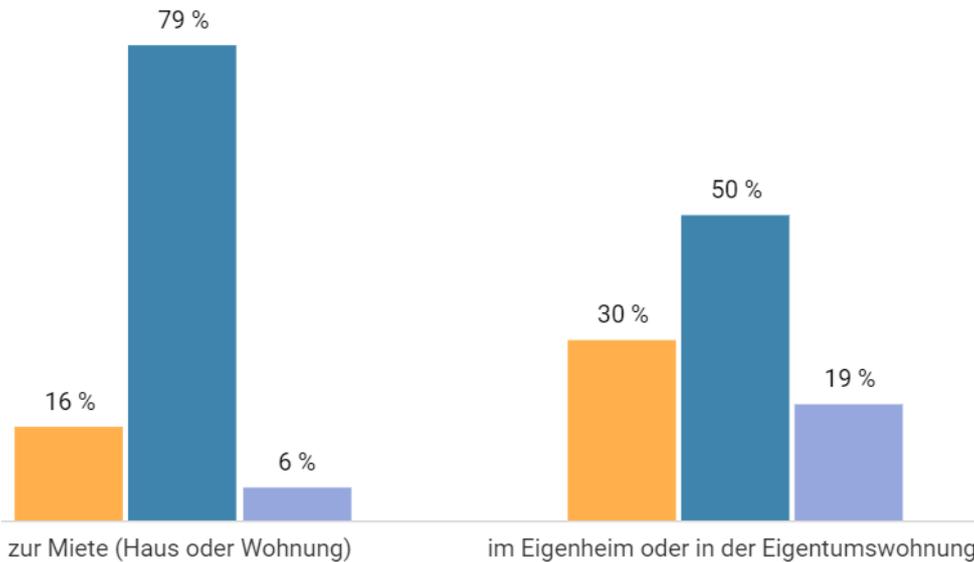
Knapp zwei Drittel halten Mieter nicht für ausreichend geschützt

Wenn Vermieter die bisherige Heizung gegen eine klimafreundliche Heizung austauschen, können sie die Kosten an die Mieter weiterreichen. Die Mieterhöhung darf jedoch 50 Cent pro Quadratmeter nicht überschreiten – das gilt für sechs Jahre. Auch Härtefallregelungen sind vorgesehen. In den Augen der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer reicht das jedoch nicht aus: 62 Prozent finden, dass Mieter mit diesen Plänen nicht ausreichend geschützt sind, jeder Vierte (24 %) sieht das anders.

Frage: Folgende Regelungen sind im Gesetzesentwurf vorgesehen: Vermieter können die Kosten eines Heizungstauschs an die Mieter weiterreichen. Die maximale Mieterhöhung darf jedoch 50 Cent pro Quadratmeter nicht überschreiten, das gilt für 6 Jahre. Zudem soll es Härtefallregelungen geben für Mieter, deren Miete durch die Modernisierungskosten auf mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens ansteigt. Alles in allem: Halten Sie Mieter in dem Gesetzesentwurf für ausreichend geschützt?



Gut nachvollziehbar: Vor allem Menschen, die selbst zur Miete wohnen, zeigen sich mit den Plänen der Bundesregierung unzufrieden und halten Mieter für nicht ausreichend geschützt.

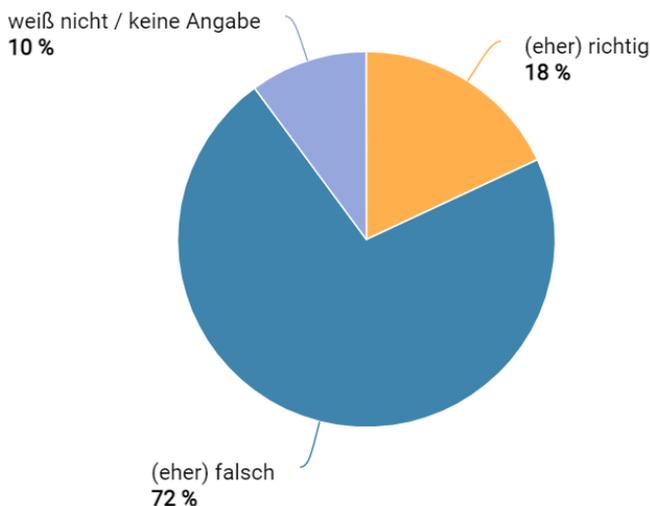


Knapp drei Viertel lehnen Gesetzesentwurf ab

Alles in allem halten 72 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer den Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form für eher falsch bis falsch. 18 Prozent sehen das Vorhaben als eher richtig bis richtig an.

Frage: Alles in allem, wie finden Sie die jetzt vorgesehenen Regelungen für das Heizungsgesetz?

10



Unter denjenigen, die bereits mit Erneuerbaren Energien heizen, fällt die Zustimmung zum Gesetzesentwurf erwartungsgemäß höher aus, als unter denjenigen, die mit Öl oder Gas heizen. Dennoch sprechen sich beide Gruppen mehrheitlich gegen den Gesetzesentwurf aus:

● (eher) richtig
 ● (eher) falsch
 ● weiß nicht / keine Angabe

Gas / Öl



Erneuerbare



Mehrheit sieht keine Verbesserung gegenüber erstem Entwurf

In den Augen von mehr als jedem Zweiten (53 %) ist der jetzige Entwurf in etwa gleich schlecht wie der erste Entwurf. 15 Prozent sehen eine Verbesserung, 9 Prozent halten den Entwurf für schlechter. Nur 6 Prozent hielten sowohl den ersten als auch den jetzigen Entwurf in der Tendenz für gut.

Frage: Im ersten Entwurf des Gesetzes wurde unter anderem ein Verbot für den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 sowie ein vollständiges Verbot von bestehenden Öl- und Gasheizungen bis spätestens 2045 geplant. Wenn Sie sich nun die Neufassung des Gesetzes vor Augen führen: Wie bewerten Sie die veränderten Regelungen?

in etwa gleich schlecht



keine Angabe / weiß nicht



besser als im ersten Entwurf



schlechter als im ersten Entwurf



in etwa gleich gut



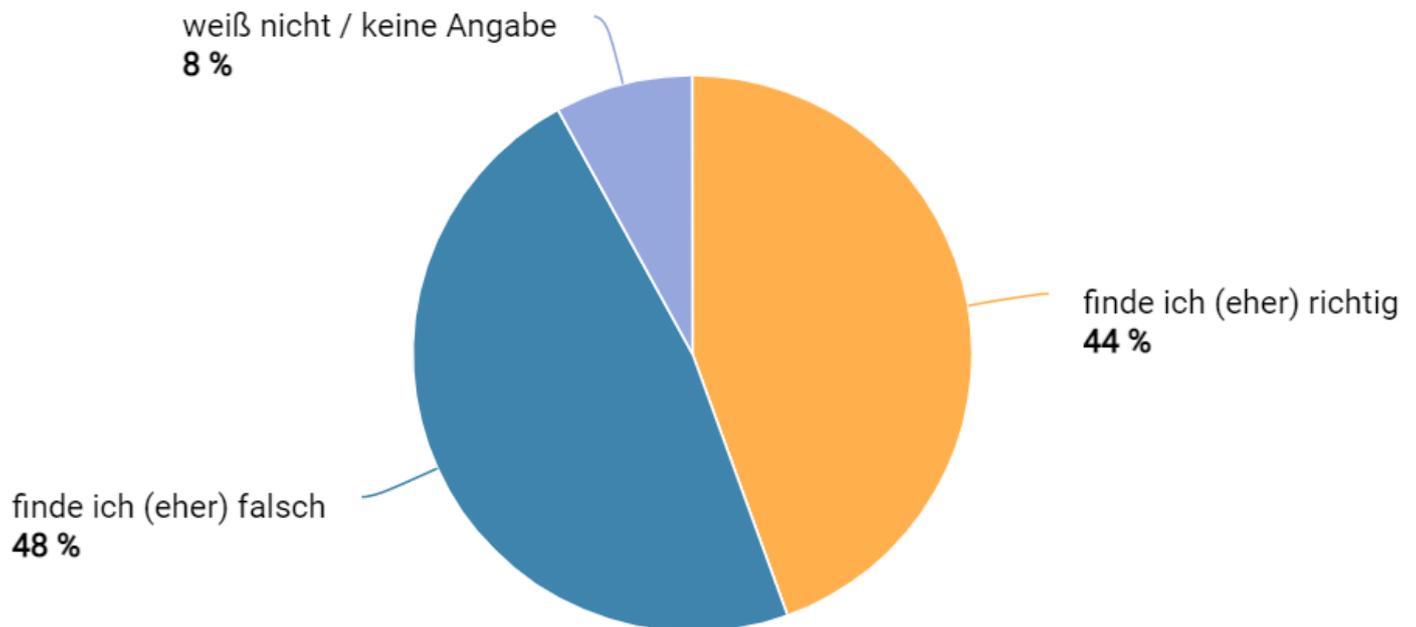
Neuer Gesetzesentwurf – die Maßnahmen im Detail:

Am 8. September soll der Bundestag nun abschließend über das sogenannte Heizungsgesetz beraten. Im Vergleich zur ersten Fassung gibt es einige Änderungen. Die meisten Regeln betreffen nun beispielsweise zunächst nur noch Neubauten in Neubaugebieten. Wir wollten daher von den MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmern wissen, wie sie zu den einzelnen Maßnahmen stehen.

Geteilte Meinung zu kommunalen Wärmeplänen

Städte und Gemeinden sind künftig dazu verpflichtet, Wärmepläne in ihren Kommunen zu erstellen: Sie sollen aufzeigen, welche Heizoptionen eine Kommune hat. Die MDRfragt-Teilnehmer sind diesbezüglich geteilter Meinung: 44 Prozent halten die Pflicht zur Wärmeplanerstellung für richtig, 48 Prozent halten sie für falsch. 8 Prozent wollten sich bei dieser Frage nicht festlegen.

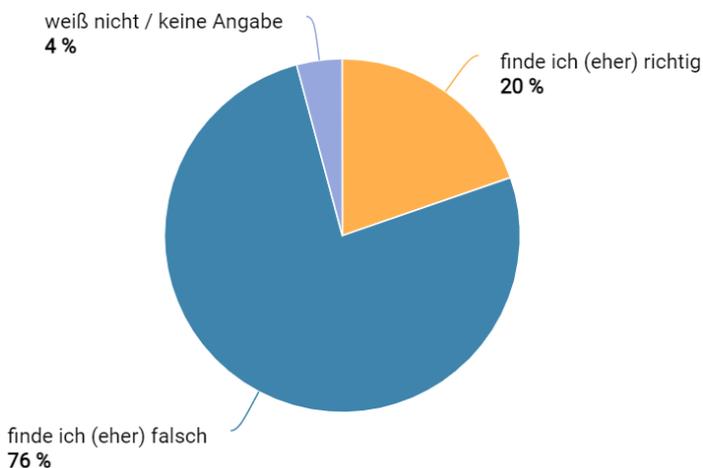
Frage: Kommunen müssen Wärmepläne erstellen, in denen aufgezeigt wird, welche Heizoptionen eine Kommune hat (z.B. Umstellung auf Fernwärme, Gas- oder Wasserstoffnetz). Sie soll als Grundlage dienen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung in der jeweiligen Kommune zu erreichen. Für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern ist das bis 2026 verpflichtend, für kleinere Orte bis 2028.



Drei Viertel lehnen Einbauverbote von Öl- und Gasheizungen in Gebieten mit Wärmeplan ab

Für die Bürger soll die kommunale Wärmeplanung vor allem wichtige Orientierung bieten: Wenn jemand in einem Gebiet lebt, das in naher Zukunft an ein Fernwärmenetz angeschlossen wird, muss er sich keine teure Wärmepumpe installieren. Gebiete, die nicht an ein solches Wärmenetz angeschlossen werden, können sich darauf einstellen und - mit möglichen Fördermitteln - ihre Heizung umrüsten. Wenn diese Orientierung vorliegt, dürfen gemäß Gesetzesentwurf in dem entsprechenden Gebiet keine klassischen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden. Drei Viertel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer lehnen diese Pläne ab, jeder Fünfte (20 %) begrüßt sie.

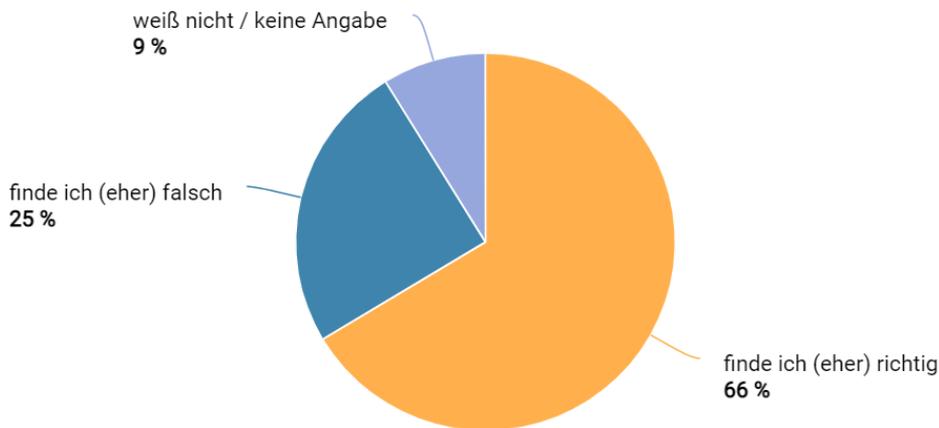
Frage: Wenn in einer Kommune ein Wärmeplan vorliegt, ist neben Neubaugebieten auch für alle dortigen Haushalte der Einbau klassischer Gas- oder Ölheizungen nicht mehr möglich, wenn die alte Heizung kaputt ist.



Zwei Drittel begrüßen Förderpläne zur Heizungsumrüstung

Zwischen 30 % und 70 % Förderung sind geplant für das Umrüsten von Heizungen auf ein Modell mit hohem Anteil erneuerbarer Energien. Zwei Drittel (66 %) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer halten diese Förderpläne für richtig, jeder Vierte (25 %) lehnt die Pläne ab.

Frage: Das Umrüsten von Heizungen auf ein Modell mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien soll finanziell gefördert werden – je nach Voraussetzungen mit mindestens 30 % und maximal 70 %.

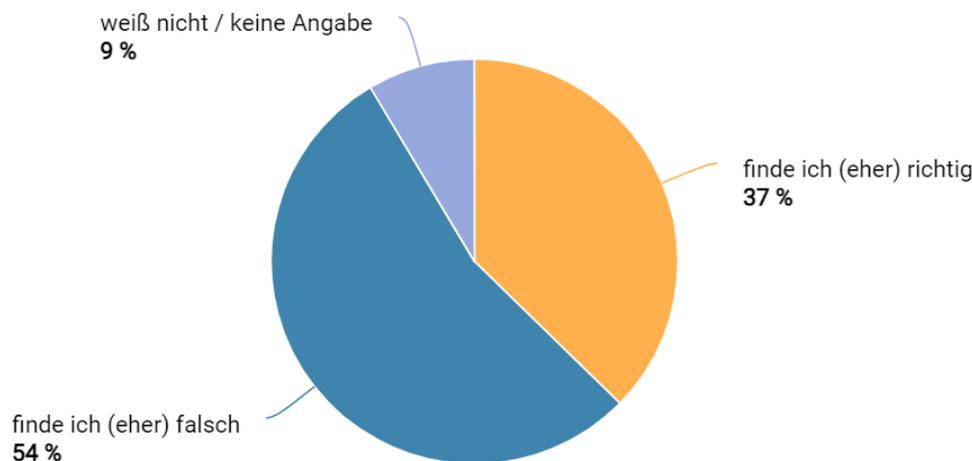


Jeder Zweite hätte Ausnahmen für über 80-Jährige begrüßt

Ursprünglich war mal geplant, über 80-Jährige von sämtliche Umrüstungspflichten auszuschließen. Diese Überlegung wurde im Rahmen anderweitiger Gesetzesentwurfsanpassungen gekippt. Die MDRfragt-Teilnehmer hätten die Regelung jedoch mehrheitlich begrüßt: 54 Prozent hätten diese Ausnahme für richtig gehalten, 37 Prozent haben sich dagegen ausgesprochen.

Frage: Die ursprünglich geplante Sonderregel, dass über 80-Jährige keine Einschränkungen haben, welche Heizung sie sich im Falle einer kaputten Anlage einbauen dürfen, soll entfallen.

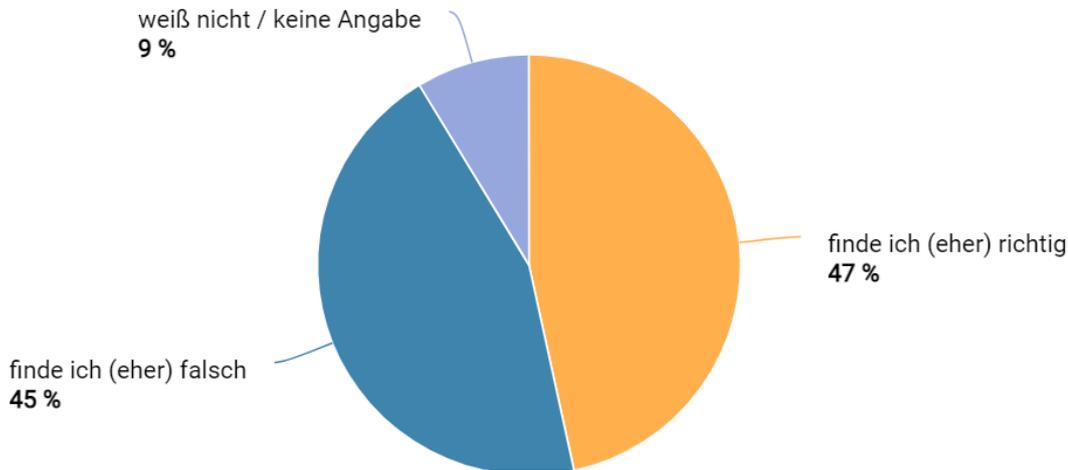
15



Geplante höhere Förderung für Eigenheimbesitzer ist umstritten

Menschen, die ihr Eigenheim selbst bewohnen, sollen mehr staatliche Förderung für das Umrüsten der Heizung erhalten, als Vermieter: Dieses Vorhaben der Bundesregierung spaltet die MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer. 47 Prozent begrüßen diese Unterscheidung zwischen Selbstnutzer und Vermieter – 45 Prozent lehnen sie ab.

Frage: Beim Umrüsten der Heizung sollen Eigentümer, die ihr Eigenheim selbst bewohnen, eine höhere Förderung bekommen, als Vermieterinnen und Vermieter.



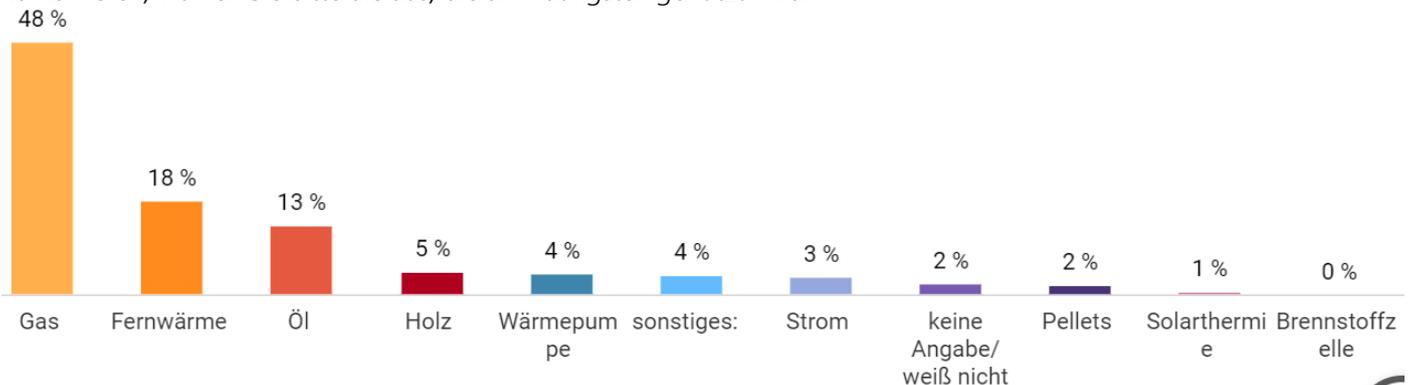
Persönliche Betroffenheit:

Jeder Zweite heizt mit Gas

48 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer heizen mit Gas, weitere 13 Prozent mit Öl. Damit ist ein Großteil von den Plänen der Bundesregierung betroffen.

Frage: Womit heizen Sie zuhause in dem von Ihnen bewohnten Wohnraum? Sollten Sie mehrere Optionen miteinander kombinieren, wählen Sie bitte die aus, die am häufigsten genutzt wird.

16



Mehrheit der Eigentümer will Öl- oder Gasheizung so lange wie möglich weiter nutzen

77 Prozent der Immobilieneigentümer wollen ihre Öl- und Gasheizung so lange weiter nutzen, wie es möglich ist. Nur 5 Prozent sehen das anders, weitere 16 Prozent betrifft dieses Thema nicht. Für 33 Prozent hängt die Entscheidung, ihre Heizung vorzeitig gegen ein mit überwiegend Erneuerbaren Energien betriebenes Modell zu ersetzen, davon ab, ob und welche Förderung sie erhalten. 12 Prozent denken aktuell darüber nach, ihr Heizen klimafreundlicher zu gestalten.

Frage: Welche Pläne haben Sie für Ihre Immobilien in Sachen Heizung?

● (eher) ja ● (eher) nein ● trifft auch mich nicht zu ● weiß nicht / keine Angabe

Ich heize bereits ausschließlich oder größtenteils mit Erneuerbaren Energien.



Ich denke darüber nach, meine bestehende Heizung durch eine klimafreundliche Alternative zu ersetzen.



Ich nutze meine bestehende Öl- und Gasheizung so lange wie irgendwie möglich.



Ob ich meine bestehende Heizung vorzeitig ersetze, um überwiegend mit Erneuerbaren Energien zu heizen, hängt davon...

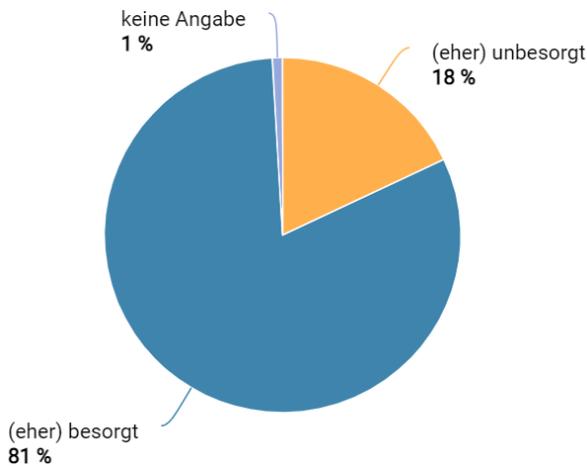


*...ab, wie viel staatliche Förderung ich dafür bekomme.

4 von 5 Immobilieneigentümern besorgt

Speziell an die MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer, die selbst Wohnraum besitzen, haben wir die Frage gerichtet, wie sie auf die Pläne der Bundesregierung beim Thema Heizen blicken: Vier von Fünf (81 %) sind eher besorgt bis besorgt, 18 Prozent eher unbesorgt bis unbesorgt.

Frage: Wie blicken Sie als Eigentümer auf die aktuellen Pläne des Heizungsgesetzes?



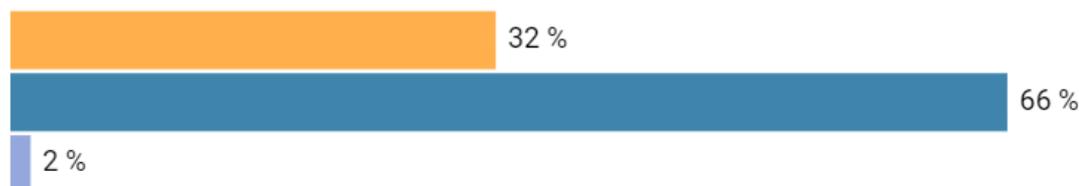
Erstaunlich: Auch diejenigen Wohnraumeigentümer, die bereits mit Erneuerbaren Energien heizen, blicken mehrheitlich besorgt auf die Heizungspläne der Regierung – wengleich ihr Anteil geringer ist, als unter den Eigentümern, die mit Öl oder Gas heizen:

● (eher) unbesorgt ● (eher) besorgt ● keine Angabe

Gas / Öl



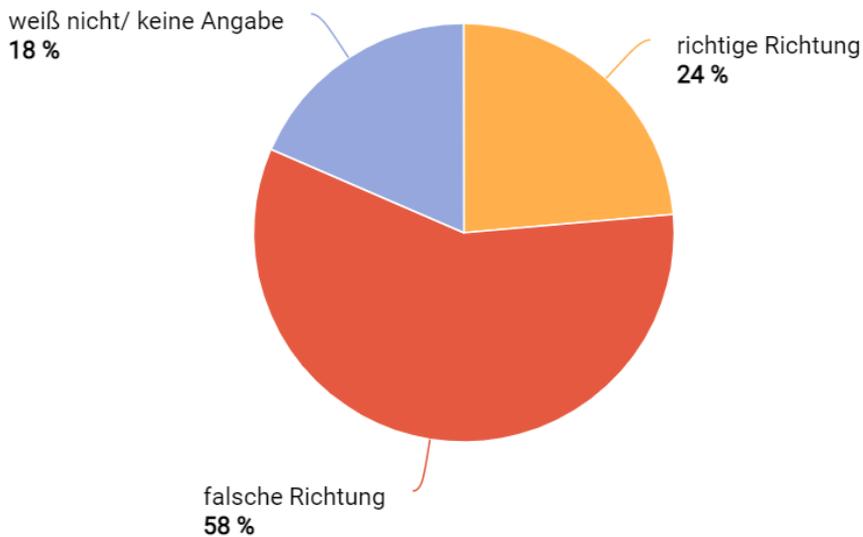
Erneuerbare



Exkurs: Mehrheit gegen Industriestrompreis

Einen Industriestrompreis hält die Mehrheit der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer (58 %) für falsch. Jeder Vierte (24 %) spricht sich für den Industriestrompreis aus.

Frage: In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, angesichts der hohen Energiepreise stromintensiven Unternehmen sowie Betrieben in bestimmten Schlüsselindustrien einen Teil ihrer Stromkosten aus dem Staatshaushalt zu erstatten. Gehen diese Pläne für einen staatlich bezuschussten Industriestrompreis Ihrer Ansicht nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 01.-05.09.2023 stand unter der Überschrift:

"Was halten Sie vom neuen Plan fürs Heizungsgesetz?"

Darin enthalten waren auch Fragen zum Thema Gemeinwohl und Europa.

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.587 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet
(Stand 05.09.2023, 18 Uhr).

22.365 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	173 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.876 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.485 Teilnehmende
65+:	9.831 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	11.311 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.442 (24 Prozent)
Thüringen:	5.612 (25 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	9.029 (40 Prozent)
Männlich:	13.271 (59 Prozent)
Divers:	65 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.